

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

UN fordert erneut Untersuchung von Foltervorwürfen

Das UN-Komitee zum Internationalen Abkommen gegen Folter UNCAT (*United Nations Convention Against Torture*) rief Sri Lankas Regierung anlässlich der Beendigung ihrer turnusmäßigen Sitzungsrunde am 7. Dezember 2016 in Genf erneut dazu auf, die „routinierte Folter“ sowie sexuelle Übergriffe auf Inhaftierte durch srilankisches Sicherheitspersonal zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Dabei bezieht sich UNCAT insbesondere auf die dokumentierten Vorfälle nach dem Bürgerkrieg unter dem Regime von Mahinda Rajapaksa, aber auch auf Fälle seit der Amtszeit des amtierenden Präsidenten Maithripala Sirisena. UNCAT forderte eine unabhängige Untersuchung der vielen von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Fälle. Das Komitee zeigte sich zudem darüber schockiert, dass die srilankische Regierung den obersten Geheimdienstleiter des Landes, Sisira Mendis, als Mitglied der Regierungsdelegation nach Genf entsandt hatte. Mendis war stellvertretender Generalinspekteur der Polizei und später Geheimdienstchef unter Rajapaksa. Er wird der Folter an Gefangenen verdächtigt. UNCAT forderte die srilankische Regierung dazu auf, detaillierte Informationen über die Rolle Mendis bezüglich der Vorwürfe freizugeben. Der anwesende Sisira Mendis schwieg zu den Vorwürfen. Das Ausschussmitglied Felice Gaer sagte: „Wir haben viele Versprechungen gehört, aber bisher keine Belege dafür gesehen, dass sich hinsichtlich der Missstände und Vorwürfe etwas tut.“ Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte veröffentlichte am 3. März einen Bericht, wonach die Menschenrechtslage in Sri Lanka weiterhin besorgniserregend sei (Dokument A/HRC/34/20). Folter als Verhörmethode, Polizeigewalt und Übergriffe auf Menschenrechtsaktivisten seien nach wie vor weit verbreitet.

Tote bei Angriff auf Gefängnisbus

Am 27. Februar eröffneten bewaffnete Attentäter in der Nähe der Hauptstadt Colombo das Feuer auf einen Gefängnisbus. Dabei wurden fünf Gefangene und zwei Wärter getötet. Der Bus war auf dem Weg zum Gericht. Der Sprecher der Haftanstalt, Thushara Upuldeniya, sagte, dass eine bewaffnete Bande den Bus in Kalutara, 40 Kilometer südlich Colombos, blockiert habe. Unter den Opfern soll sich auch eine GröÙe aus der Verbrecherwelt befinden. „Alle fünf Gefangenen und zwei Ge-

fängnisoffiziere sind gestorben. Neun weitere Personen wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert“, sagte Upuldeniya. Polizeisprecher Priyantha Jayakody teilte mit, dass der Angriff das Resultat eines langjährigen Streits zwischen zwei rivalisierenden Banden sei. Mit dem Angriff auf den Bus wurden Zeugen ausgeschaltet, damit diese vor Gericht nicht aussagen konnten.

Recht auf Information in Kraft getreten

Am 3. Februar 2017 trat das Recht auf Information (*The Right to Information Bill*, RTI) in Kraft. Es war eines der zentralen Wahlversprechen der regierenden Koalition mit dem Ziel einer transparenten Regierung. Wie *SÜD-ASIEN 3/2016* berichtete, wurde es bereits am 24. Juni 2016 beschlossen. Das RTI gilt auf internationaler Ebene als ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung von Korruption innerhalb staatlicher Institutionen. Sri Lanka ist das 108. Land, welches das Recht auf Information eingeführt hat. Bei einer konsequenten Anwendung kann das RTI alle anderen Gesetze außer Kraft setzen, die möglicherweise im Widerspruch dazu stehen. Jedoch wurde von Kritikern bereits bezweifelt, ob das neue Gesetz auch wirklich von allen öffentlichen Einrichtungen und Behörden befolgt werde. Sri Lankas Bürger/-innen können sich über eine landesweite Informationskampagne über ihre neuen Rechte informieren. Anträge können von der Regierungswebseite heruntergeladen werden. Der erste Antrag ging von der srilankischen Zweigstelle der NRO *Transparency International* an die Zollbehörde sowie an die Anti-Korruptions-Kommission ein. In den Anträgen wird gefordert, die Vermögenswerte von Präsident Maithripala Sirisena und Premierminister Ranil Wickremesinghe offenzulegen. In dem RTI-Gesetz haben sich die Behörden dazu verpflichtet, die eingegangenen Anträge innerhalb von 28 Tagen zu beantworten.

Sri Lanka erhofft sich mehr Zeit vom UN-Menschenrechtsrat

Die sri-lankische Regierung teilte im Februar mit, sie brauche mehr Zeit, um die Versprechungen aus der Resolution 30/1 des UN-Menschenrechtsrates (UNHRC) vom Herbst 2015 zu erfüllen, das heißt unter anderem, die Bürgerkriegsverbrechen zu untersuchen. Außenminister Mangala Samaraweera teilte mit, dass er in seiner Rede vor dem UNHCR am 27. Februar in Genf mehr Zeit für die Regierung beantragen wolle. Samaraweera sagte, dass sich Sri Lankas Regierung zukünftig dazu

verpflichten wird, mit ihren Untersuchungen wie geplant voranzukommen, obwohl sie bisher nicht in der Lage gewesen sei, die angestrebten Ziele zu erreichen. Bereits im Jahr 2015 hatte die Regierung versprochen, auf eine ethnische Versöhnung hinzuwirken und Kriegsverbrechen zu untersuchen.

Kritik an Umsetzung der Consultation Task Force

Im Januar 2017 veröffentlichte die von der Regierung ernannte *Consultation Task Force* (CTF) einen umfassenden Bericht über die Ergebnisse einer landesweiten Konsultation zur nationalen Versöhnung. Die CTF setzte sich aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft sowie Akademikern und Aktivisten zusammen. Der Bericht beruht auf der ersten, umfassenden Befragung srilankischer Bürger/-innen über ihre Ideen und Vorschläge, um den Anspruch auf Wahrheit und Gerechtigkeit umzusetzen; eine der Empfehlungen an die Regierung aus der Resolution 30/1 des UNHRC vom Oktober 2015. Der sri-lankische Premierminister Ranil Wickremesinghe hatte das CTF im Januar 2016 einberufen, um Bürger, Betroffene sowie Opfer unabhängig von staatlichen Interventionen zu den nationalen Ansichten über die Versöhnungsmechanismen zu befragen.

Das CTF-Team schloss seinen über 700 Seiten langen Bericht mit Empfehlungen an die Regierung im November 2016 ab und veröffentlichte ihn am 3. Januar 2017. Der Bericht empfiehlt unter anderem die Einrichtung eines aus nationalen und internationalen Rechtsexpert(innen) gebildeten Gerichts (*Hybrid Court*), das die Kriegsverbrechen untersuchen soll. Jedoch hatten sich bereits im Vorhinein Premierminister Wickremesinghe wie auch Präsident Maithripala Sirisena gegen jegliche Beteiligung internationaler Richter/-innen ausgesprochen und hatten es insofern vorgezogen, bei der Übergabe des Berichts an die Regierung gar nicht erst anwesend zu sein.

Amnesty International warf die Frage auf, inwiefern die srilankische Regierung überhaupt den politischen Willen aufbringen werde, angesichts politischer Zwänge die Versöhnung nach dem Bürgerkrieg voranzutreiben. Champa Patel, Leiterin der Abteilung Südasiens bei Amnesty International in London, zeigte sich bestürzt über das Verhalten der Regierung. „Es ist erschreckend, dass die Regierung die Ergebnisse des CTF-Berichts nicht ernst nimmt“, so Patel. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter auch *Human Rights Watch*, forderten die Umsetzung der Empfehlungen des CTF-Berichts, ohne die eine Aufarbeitung der Vergangenheit nicht möglich sei

Regierung lehnt Legalisierung von Homosexualität ab

Im Januar sprach sich die Regierung gegen den Vorschlag aus, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in Sri Lanka zu beenden. Die Regierung, die auf orthodoxe Buddhisten Rücksicht nimmt, ließ erkennen, dass sie den Vorschlag politisch ablehnt und Homosexualität auch in Zukunft als illegal erachtet. Homosexualität kann in Sri Lanka mit bis zu zwölf Jahren Gefängnis bestraft werden. „Die Regierung ist gegen Homosexualität, wird aber niemanden für das Ausleben der sexuellen Orientierung strafrechtlich verfolgen“, so Gesundheitsminister Rajitha Senarathne. Er fügte hinzu, dass ein jeder seine Homosexualität frei ausleben könne, die Regierung jedoch nicht den Weg dafür freimache, indem sie diese legalisiere.

Tote bei Bootsunglück

Bei einem Bootsunglück sind am 19. Februar mindestens 15 Personen ums Leben gekommen. Der Unfall ereignete sich während einer Bootsprozession an der Küste nahe der Stadt Beruwela. Das Boot kenterte etwa drei Kilometer vor der Küste. An Bord befanden sich mehrere Pilger einer katholischen Kirche. Ein Sprecher des Bistums Chilaw sagte, dass 33 Pilger gerettet und teilweise mit Verletzungen in umliegende Krankenhäuser gebracht worden seien. Grund für den Unfall ist den Angaben zufolge die Überfüllung des Bootes. Zudem seien mehrere festlich geschmückte Boote mit einer christlichen Statue an Bord trotz Sturmwarnung in See gestochen.

Präsident Sirisena verliert Zuspruch

Mit der überraschenden Wahl von Präsident Maithripala Sirisena im Januar 2015 begab sich Sri Lanka auf einen reformerischen Kurs. Doch Intellektuelle und Bürgerrechtsbewegungen, die sich zur Abwahl von Rajapaksas Regime engagiert hatten und somit dem amtierenden Präsidenten Macht verschafften, richteten sich nun gegen die „Einheitsregierung“ und bereiten eine entsprechende Kampagne vor. Als Begründung nannten sie mangelndes Vertrauen in die Umsetzung der vielen Versprechungen der Regierung. So beschuldigt Professor Sarath Wijesuriya, Vorsitzender einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die Sirisena noch bei der Wahl im Januar 2015 unterstützte, die Regierung, sie würde korrupte Angehörige und Politiker des ehemaligen Rajapaksa Regimes weiter unterstützen und vor gerichtlicher Verfolgung schützen. Er forderte den Präsidenten dazu auf, unverzüglich Maßnahmen dagegen zu ergreifen.